



Antwort zur Anfrage Nr. 0652/2020 der SPD-Stadtratsfraktion betreffend
Kommunale Bezüge in der Istanbul-Konvention: bisherige Maßnahmen (SPD)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1.) Welche Maßnahmen im Bereich „Verhütung“ bisher auf kommunaler Ebene in Mainz existieren?

Informations-, Aufklärungs- und Präventionsarbeit wird zum Teil seit Jahrzehnten vom Frauenbüro, den Frauenberatungsstellen und Frauenorganisationen geleistet. Da eine Auflistung aller bislang erfolgten Aktivitäten im Bereich Prävention nicht möglich ist, seien hier exemplarisch Maßnahmen aus dem Jahr 2019 genannt, die zum allergrößten Teil als Kooperationsprojekte zwischen Frauenberatungsstellen und dem Frauenbüro durchgeführt wurden:

- »Flossen weg!«, Projekt gegen sexuelle Belästigung in Mainzer Schwimmbädern
- Informationen, Netzwerkarbeit und Workshop zu Genitalverstümmelung
- Selbstbehauptungstraining für Frauen 60+
- Mitwirkung an den Mainzer Tagen für Sicherheit und Prävention
- Workshop zu digitaler Gewalt
- Alte Frauen und Partnergewalt
- Aktion »One Billion Rising«
- Informationsarbeit zu Zwangsheirat und Frühehen
- Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November
- Aufklärungskampagne zu K.O.-Tropfen

Darüber hinaus unterstützt der Oberbürgermeister als Botschafter gegen Sexismus die Kampagne »Laut♀ Stark« des rheinland-pfälzischen Frauenministeriums.

Einen Überblick über die bislang geleistete Arbeit bieten die Seiten:

<https://www.mainz.de/verwaltung-und-politik/beiraete-beauftragte/antigewaltarbeit.php>
<https://www.mainz.de/verwaltung-und-politik/beiraete-beauftragte/ak-gewalt.php>
<https://www.mainz.de/verwaltung-und-politik/beiraete-beauftragte/veroeffentlichungen.php#SP-grouplist-2-1:1>

Im Sinne der Istanbul-Konvention ist die Verwirklichung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ein wesentliches Element der Verhütung von Gewalt an Frauen. Somit zählen auch alle auf Stadtebene laufende Aktivitäten zum Abbau der Geschlechterhierarchie zu den präventiven Maßnahmen.

2) Welche Maßnahmen im Bereich „Schutz“ bislang auf kommunaler Ebene in Mainz existieren?

Zu den unmittelbaren Schutzeinrichtungen zählen das Frauenhaus, die Mädchenzuflucht, die Wohngruppe für besonders schutzbedürftige geflüchtete Frauen, die Wohngruppen (betreutes Wohnen) des Mädchenhauses Mainz und die Schutzwohnung von SOLWODI e.V. (in Boppard) und in gewisser Hinsicht auch der Wendepunkt. Schutz im Sinne von Unterstützung und Stärkung bieten auch alle Fachberatungsstellen zu Gewalt an Frauen und Mädchen.

3) Welche Maßnahmen im Bereich „Strafverfolgung“ auf kommunaler Ebene in Mainz existieren?

Die Strafverfolgung ist keine kommunale Aufgabe. Es bestehen aber verschiedene Kooperationen mit der Polizei und der Justiz, beispielsweise im Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern und deren Unterarbeitsgruppen. Eine Zusammenarbeit erfolgt auch zwischen Frauenberatungsstellen und der Polizei, beziehungsweise der Justiz. Ein Beispiel dafür sind die Fallkonferenzen zu Hochrisikofällen (High Risk), in denen Polizei, Interventionsstelle, Frauenhaus, Jugendamt, SOLWODI und die Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten.

4) Welche „ineinandergreifenden politischen Maßnahmen“ auf kommunaler Ebene in Mainz existieren und mit welchen Ebenen (andere Kommunen, Land, Bund) sie ineinandergreifen?

Der seit 1991 bestehende Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern fungiert seit dem Jahr 2000 auch als regionaler Runder Tisch im Rahmen des Rheinland-Pfälzischen Interventionsprojekts gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG). Es besteht ein Austausch zwischen diesen insgesamt 22 Runden Tischen.

Darüber hinaus ist das Frauenbüro die Vertretung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten am landesweiten Runden Tisch.

Es ist das erklärte Ziel der Istanbul-Konvention, die unterschiedlichen Ebenen und deren Aufgaben besser miteinander zu verknüpfen und die Maßnahmen sinnvoll aufeinander abzustimmen. Voraussetzung dafür ist die Schaffung von Ressourcen bei den Fachstellen.

Mainz, 20. März 2020

gez.
Michael Ebling
Oberbürgermeister